

zeitung gegen den krieg

Nr. 51 Frühjahr 2022

Abzug der russischen Truppen sofort!

Frieden in Europa – auch mit Moskau!

Michael Müller

Der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine ist ein schreckliches Gespenst, das über Europa gekommen ist und die Welt in Brand setzen kann. Was auch immer die Gründe für den völkerrechtswidrigen Angriff waren, feststeht: Es gibt kein richtiges Leben im Falschen. Und Krieg ist immer falsch, immer ein Verbrechen an der Menschheit. Aber natürlich gibt es eine Vorgeschichte, über die zu reden ist, obwohl es unzweifelhaft der russische Präsident war, der auf den Knopf gedrückt hat.

Der Krieg ist grausam und barbarisch. Tausende Menschen starben. Millionen sind auf der Flucht. Die Not und das Leid sind unermesslich. Von heute auf morgen leben wir in einer anderen Welt, in einer Welt, in der das Unvorstellbare auch in Europa wieder da ist: die Gefahr eines Dritten Weltkriegs.

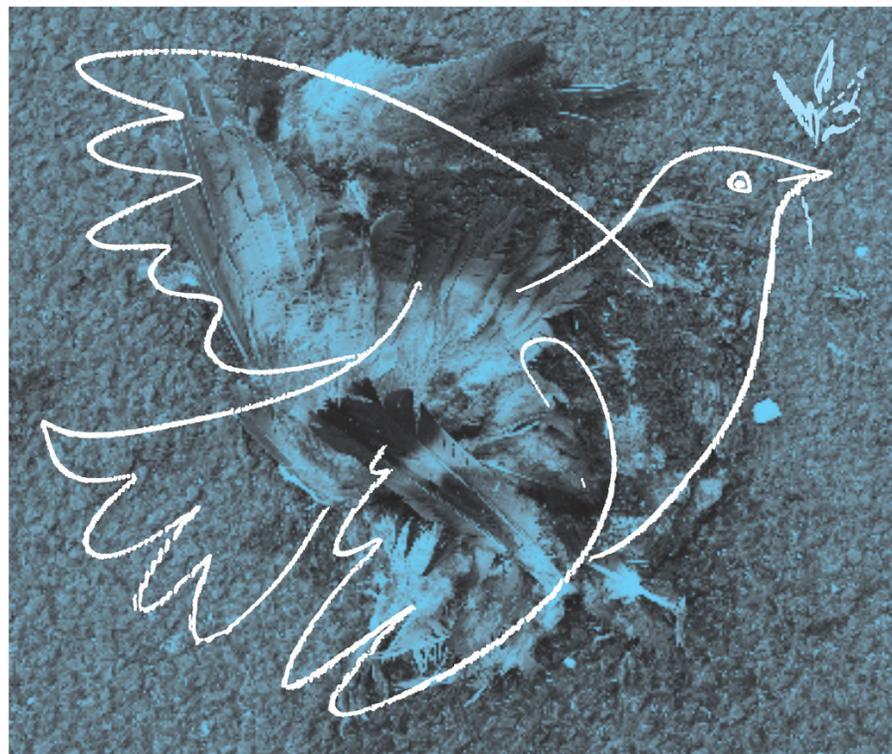
Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg hat Putin die Ära nach dem Kalten Krieg in die Luft gesprengt. Was als nächstes kommt, ist unklar: Ein militarisierter, um China erweiterter Kalter Krieg an zwei Fronten. Oder ist eine Welt der gegenseitigen, also gemeinsamen Sicherheit noch möglich? Darum geht es heute.

Zumindest droht ein neuer Eiserner Vorhang und eine neue dunkle Seite in der Geschichte Europas. Auch wenn sich das Fenster der Diplomatie derzeit schließt, ist es an der Zeit, die Statik von Frieden und Sicherheit neu zu bestimmen. Im Atomzeitalter ist das die einzige Option. Ein Waffenstillstand und die Neutralität der Ukraine wären erste Schritte.

Und es ist vor allem unsere Aufgabe, die Aufgabe der Friedensbewegung, hierfür Druck zu machen. Wir müssen verhindern, dass sich weiter die blinden Hardliner durchsetzen. Das Überleben der Ukraine – und möglicherweise der Welt – hängt letztlich davon ab, dass ein nuklearer Showdown verhindert wird. Russland verfügt über fast 6000 Atomwaffen, schätzungsweise 1600 davon sind einsatzbereit.

Und: Wir waren ja auch schon viel weiter. In den 1980er Jahren gab es große Visionen für die zusammengewachsene Welt, die nach dem Erdgipfel von 1992 in Rio de Janeiro in den Hintergrund gedrängt wurden. Damals veröffentlichten die Vereinten Nationen drei Berichte, die unter der gemeinsamen Leitidee *Gemeinsames Überleben* standen: der Nord-Süd-Report unter der Leitung von Willy Brandt, *Gemeinsame Zukunft* von Gro Harlem Brundtland zu Umwelt, Entwicklung und Nachhaltigkeit sowie *Gemeinsame Sicherheit* von Olof Palme, der sich mit den Fragen von Entspannung, Abrüstung und Rüstungskontrolle auseinandersetzte. Sie lieferten Antworten, die als Einheit zu verstehen sind.

Nach dem Überfall auf die Ukraine öffnet sich die Scheidelinie der Konfrontation erneut. Die Forderung nach Sicherheit wird in erster Linie von dem Zwillingsspaar Abschre-



ckung und Aufrüstung bestimmt, nicht aber von dem Versuch, zu einer gemeinsamen Sicherheit zu kommen. So wie es bei Palme heißt: „Beide Seiten müssen Sicherheit erlangen, nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm“. Gemeinsame Sicherheit heißt nicht, Unterschiede zu verschleiern oder zu relativieren, sehr wohl aber von dem Grundverständnis auszugehen, dass eine Welt mit gewaltigen globalen Herausforderungen den Willen zur Gemeinsamkeit braucht, um eine Zukunft zu haben.

Das hat nichts mit dümmlichen Schablonen zu tun wie „Putin-Versteher“ oder angebliche Relativierung des Kriegs. Was selbst gestandene Medien sich erlauben, um geschichtliche Zusammenhänge auszublenden und politische Visionen für ein friedliches Europa zu diskreditieren, wäre noch vor einigen Monaten nicht vorstellbar gewesen. Aber auch dadurch kann die Welt in eine Eskalation der Aufrüstung hineingetrieben werden wie bei den „Schlafwandlern“ von 1914, die in den ersten Weltkrieg geführt haben.

In den letzten Jahrzehnten wurde die Fähigkeit zur Vollendung entwickelt, die Menschheit zu vernichten. Und in einer Zeit, in der die ökonomischen, politischen, kulturellen und militärischen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, in der Krisen und Konflikte sich grenzüberschreitend auswirken, kann Sicherheit nicht länger in erster Linie militärisch und vor allen Dingen nicht einseitig oder autonom erlangt werden. Jeder Fehler wäre unverzeihlich.

Ende der 1960er Jahre, nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei, hätte kaum einer daran geglaubt, dass eine Friedenspolitik möglich werden könnte. Doch unter Willy Brandt kam es zu

Aussöhnung und Entspannung. Auch heute muss die Sicherheit der Menschheit „zum zentralen und prioritären Punkt“ (Egon Bahr) gemacht werden, zumal neben der Aufrüstung auch die Umweltbombe tickt.

Wir müssen einen neuen kalten Krieg vermeiden und uns auf das konzentrieren, was die „ungleiche, störanfällige, verschmutzte und überbevölkerte Welt“ (Brundtland-Bericht) wirklich braucht. Sie braucht eine internationale Sicherheitsarchitektur, in der die USA nicht den Weltpolizisten spielen, sondern die Großmachtkonflikte abgebaut werden statt sie zu verschärfen. Dazu gehören eine Wiederbelebung der Rüstungskontrolle, Abrüstung, Vereinbarungen über Gewaltverzicht und ein gemeinsames Handeln gegen die globalen Bedrohungen wie den Klimawandel oder die heraufziehende Knappheit wichtiger Ressourcen.

Der Einmarsch Russlands droht uns in die alte Welt zurückzutreiben, in die Welt des Wettübens und der Stellvertreterkriege sowie der Zunahme der wirtschaftlichen und technologischen Konflikte der Welt, in der Hunderte von Milliarden Dollar für Waffen verschwendet werden, deren Einsatz wir nicht wagen dürfen. Diese alte Welt ist unfähig, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Es gibt kein Europa, keinen dauerhaften Frieden ohne Russland. Auf beiden Seiten hat es viele Fehler gegeben. Putin hat sich ins Abseits gebracht. Doch mit Russland müssen wir zu neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen gelangen. Das braucht eine friedliche Welt.

Michael Müller ist Bundesvorsitzender der Natur-Freunde Deutschlands

Willi van Ooyen	Ostermarsch und Ukraine-Krieg	Seite 3
Interview	mit zwei Pazifisten in Moskau und Kiew	Seite 4/5
Peter Wahl	Geopolitik	Seite 6
Zaklin Nastic	Die 100-Milliarden-Euro-Hochrüstung	Seite 7
Aufruf	Stopp die Hochrüstung	Seite 8
Zeitung gegen den Krieg	Selbstkritik Ausgabe 50	Seite 8

Der Krieg. Die Kriegsführung

Winfried Wolf

Krieg ist immer menschenverachtend. Und der Versuch einer Regelung des kriegerischen Geschehens nach Recht und Gesetz (Völkerrecht) war schon immer fragwürdig. All das wird seit dem 24. Februar 2022 mit dem russischen Krieg in der Ukraine unterstrichen. Und dies für *beide* Seiten. Wobei es natürlich einen wesentlichen Unterschied zwischen Aggressor und Verteidiger gibt.

Die russische Armeeführung hat offensichtlich extrem junge Soldaten in den Krieg geschickt, die wenig ausgebildet und kaum informiert über ihren Einsatz waren. Auf diese Art werden Menschen wie Material verheizt; was gemeinhin als „Kanonenfutter“ bezeichnet wird. Russlands Streitkräfte beschießen offensichtlich auch zivile Ziele. Mit Mariupol wird eine Großstadt weitgehend in Schutt und Asche gelegt. Die Bilder erinnern an Coventry 1940/41 oder Hamburg 1943. Daran ändert sich im Grundsatz nichts, wenn belegt werden sollte, was die russische Seite behauptet: Dass es sich beim Beschuss einiger formell ziviler Objekte um militärische gehandelt habe, dass sich ukrainische Truppen und insbesondere das rechtsextreme Asow-Regiment in solchen Gebäuden verschanzt hätte.

Die russische Kriegsführung bezog Atomkraftwerke in die Kampfhandlungen ein. Man mag argumentieren, dass sich das bei einem Krieg in einem Land mit mehr als einem Dutzend Atomkraftwerken nicht vermeiden lässt. Was dann jedoch *zusätzlich* gegen einen Ukraine-Krieg spricht. Festzuhalten bleibt: Kriegerische Akte in der Nähe und/oder auf dem Gelände von Atomkraftwerken sind immer mit der Gefahr einer atomaren Katastrophe und der Gefährdung der menschlichen Gesundheit von Hunderttausenden verbunden. Ein solches Risiko darf keine verantwortungsbewusste Regierung eingehen.

Was Kiew betrifft, so ist im Westen weitgehend unbestritten das „Recht auf Selbstverteidigung“. Zu fragen ist jedoch: Kann man von einem solchen abstrakten „Recht“ sprechen, wenn dessen Wahrnehmung mit dem Tod Zehntausender Unschuldiger verbunden ist? Warum erwog die Regierung in Kiew nicht eine Politik des sozialen Widerstands bei Verzicht auf militärische Gegenwehr – nach Art, wie sie die Regierung der CSSR im August 1968 praktizierte? Kann die Regierung in Kiew für die ukrainische Bevölkerung sprechen – zumal unter Bedingungen, wo auch in diesem Land seit Mitte März alle linken und pazifistischen Gruppen und Medien (wie in Russland ohnehin) illegalisiert sind? Ist es vertretbar, dass die Regierung in Kiew erklärt, die Stadt Mariupol werde „nie und nimmer kapitulieren“, wenn damit der Tod weiterer Tausender unschuldiger Menschen besiegelt wird? Diese Fragen müssen gestellt werden.

Krieg & Kriegskosten – Krise & Soziales

Wohin die neue deutsche Hochrüstung führen muss

Winfried Wolf

Rüstung bedeutet immer: Das muss jemand bezahlen. Mit Tod, Verlust von Gesundheit. Zerstörung von Werten. Von Infrastruktur und Wohnraum. Von Lebensstandard. Mit Einkommensverlusten. Kriege werden nicht allein zwischen Nationen, Ländern, Systemen ausgetragen. Es geht immer auch um ein Oben gegen Unten. Den Krieg der russischen Führung gegen die Ukraine bezahlt zu allererst die durchschnittliche und arme Bevölkerung in Russland – in Form von Sozialabbau und Inflation. Er wird bezahlt von der armen und durchschnittlichen Bevölkerung in der Ukraine – in Form von Zerstörung, Krise und Flucht. Und er wird auch bezahlt von der armen und durchschnittlichen Bevölkerung in Deutschland. Die 100-Milliarden-Extra-Ausgaben für die Bundeswehr und die Anhebung der Rüstungsausgaben um bis zu 50 Prozent müssen finanziert werden. Im Folgenden die wichtigsten Ebenen, auf denen in Deutschland die Kosten für den neuen Rüstungswahn anfallen. Und die Folgen, die Krieg und Rüstung für uns haben – wenn wir nicht gegen Krieg, Rüstung und die Folgen mobilisieren.

Ebene 1 Abbau sozialer Standards.
Konkret In den Hochzeiten der Frie-

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (Zgk) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Laura von Wimmersperg Berlin · Winfried Wolf Potsdam. **Redaktion:** Reiner Braun & Winfried Wolf **Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.):** Winfried Wolf. Die Zgk erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Antifister Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario Berlin · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/Soz Köln · DIE LINKE (Partei Vorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln

Redaktions- & Vertriebsadressen

Postanschrift International Peace Büro – IPB, Marienstr. 19/20, 10117 Berlin
E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten:
von 1 bis 99 Ex = 30 Cent je Exemplar
ab 100 Ex = 20 Cent je Exemplar
Jeweils zusätzlich Porto und Verpackung.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66
BIC WELADED1PMB
ISSN 1611-2881

Du hast Burn-out?



**Wir haben
100 Mrd.
Euro extra!**

denzbewegung gab es die Losung „Bei der Rüstung sind sie fix – für die Bildung tun sie nix“. Das trifft in Bälde besonders zu – auf Bildung, Soziales, Kultur. Die gewaltigen Sonderausgaben für mehr Rüstung müssen finanziert werden. Bereits am 23. März kündigte Gesundheitsminister Lauterbach an, „im nächsten Jahr“ würden „rund 17 Milliarden Euro“ bei den Krankenkassen fehlen. Geplant sei „eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge“. Ideen wie eine allgemeine Krankenversicherung für alle – mit der Integration der Gutverdienenden – tauchen jetzt in der Öffentlichkeit nicht mehr auf. Die Notwendigkeit, das Personal in den Krankenhäusern um mindestens 100.000 Vollzeitstellen aufzustocken und das Personal dort besser zu bezahlen – kein Thema mehr. Die Notwendigkeit, die Zahl der Lehrkräfte deutlich anzuheben – in weite Ferne gerückt. Müsste es nicht einen „Sonderfonds Klimanotstand“ geben? Da winken sogar die Grünen ab und argumentieren mit „Sicherheit vor Klima“.

Ebene 2 Inflation und Energiepreise

Konkret Die Inflationsrate lag Anfang 2022 bei gut fünf Prozent. Im März ist sie vor allem als Kriegsfolge auf 7,3 Prozent hochgeschwollen. Der massiv erhöhte Rüstungsetat wird vor allem durch neue öffentliche Kredite „finanziert“. Das muss die Inflation weiter antreiben. Hinzu kommt die Umschichtung der Energieimporte. Flüssiggas aus den USA oder Fernost kostet mindestens ein Drittel mehr als das bisher überwiegend aus Russland (und den Niederlanden) bezogene Naturgas. Erste Berechnungen lauten: Pro Kopf soll es in Deutschland im laufenden Jahr 2022 einen „Kaufkraftverlust von 1501 Euro“ geben. Oder deutlich mehr? Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass die Inflation im Herbst eine zweistellige Zahl sein wird. Die Energiepreise – und damit vor allem die Heizkosten –

dürften im Winter 2022/23 doppelt so hoch sein wie im vorausgegangenen Winter.

Ebene 3 Billigarbeitskräfte. Das neue Subproletariat.

Konkret Seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 emigrierten rund drei Millionen Menschen aus dem Land wegen verbreiteter Armut. Bereits vor dem Krieg arbeiteten 1,5 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer im Ausland, überwiegend in Polen, als Billigarbeitskräfte in den Branchen Landwirtschaft, IT und Sexarbeit. Das heißt, dass bereits vor dem Krieg rund 10 Prozent der Bevölkerung, die die Ukraine 1991 hatte, faktisch abgewandert war. Mit dem Krieg gibt es die neue Emigration. Sie zählte bis Anfang April rund 4 Millionen. Also weitere 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Auch wenn am Ende des Krieges die meisten von denen, die seit dem 24. Februar flüchteten, zurückkehren werden, wird es ein neues Millionen-Heer von Geflüchteten geben, die in der EU bleiben, davon einige hunderttausend in Deutschland. Diese Menschen sind weitgehend ohne Sprachkenntnisse, ohne Gewerkschaft, mit unzureichendem sozialen Schutz. Sehr viel spricht dafür, dass diese Menschen Teil des Potentials verarmter Billigarbeitskräfte sein werden – womit die allgemeine Tendenz zu Lohndumping verstärkt wird. Wer wurde jüngst an der polnisch-ukrainischen Grenze gesichtet? Wir zitieren: „Drei Mitarbeiter der deutschen Schlachtereitönnies verteilten dort Handzettel, auf denen sie einen Arbeitsplatz, Wohnraum und Weiterfahrt nach Deutschland anboten.“¹

Ebene 4 Rüstungsgüter sind dazu da, genutzt zu werden.

Konkret Vermittelt wird der Eindruck, Rüstungsgüter würden irgendwie eingemottet. Und dann irgendwann demontiert. Das ist falsch. Es handelt sich um teure Gebrauchswerte – die ihres Einsatzes

harren. Fast immer wird ihr Gebrauchswert irgendwann realisiert. Die Lager müssen geleert werden. Und seien es alte Waffen der DDR-Armee, die mit einem Umweg über ein baltisches Land in die Ukraine geschickt wurden. Um dort zur Verlängerung des Krieges eingesetzt zu werden. Im Übrigen dienen den Händlern des Todes alle Kriege als Testgelände. Erinnert sich jemand an den Falkland (Malvinas-) Krieg

einen zweistelligen Milliarden-Euro-Betrag angeschafft werden soll, verharmlosend als „Ferrari der Luftwaffe“ bezeichnet. Das ist ein Tarnkappen-Bomber, mit dem Atombomben ins Ziel gebracht werden sollen. Vor wem soll der „ge-tarnt“ werden? Das macht nur Sinn im Rahmen eines Kriegs der Bundeswehr *außerhalb* Deutschlands! Und wohin sollen die Atombomben befördert werden? Was wäre die logische Folge eines von deutschem Boden ausgehenden Atomschlags (und sei es „nur“ ein Zweitschlag)? Zu fragen, heißt bereits die Antwort zu geben.

Ebene 5 Stärkung des Militärindustriellen Komplexes

Konkret Die enorm ansteigenden Rüstungsausgaben werden die Macht der Rüstungsindustrie massiv steigern und das Geflecht Rüstung-Politik-Armee verdichten. Dieses Geflecht spielte in Deutschland eine enorme Rolle 1914 und trug mit zu dem Angriffskrieg bei, den damals das Deutsche Reich begann. Keine Spur von „Schlafwandlern“ – das war eine gezielt gesteuerte Politik in den Krieg. Dieses brandgefährliche, Weltbrände auslösende Geflecht – das seit Ende der 1940er Jahre zutreffend als „militärisch-industrieller Komplex“ bezeichnet wird – durchdringt das gesamte politische Denken. Es bestimmt die Medien. Und es formt die Öffentlichkeit. Was im Übrigen auch erklärt, warum in Russlands auch heute noch Millionen Menschen der russischen Regierung glauben, die russische Armee führe in der Ukraine eine „Spezialoperation“ zur Befreiung der Ukraine von einer Nazi-Regierung durch. Von unseren Großeltern wissen wir: In Deutschland glaubte bis Anfang 1945 auch eine Mehrheit der Bevölkerung der NS-Führung und ihrem Lügengebäude vom Kampf gegen eine „jüdisch-bolschewistische Welt“.

Anmerkungen:

- 1 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. April 2022.
- 2 Beispielsweise hier: Martin Rosenkranz, *Die letzte Exocet*, in Magazin *Airpower*. http://www.airpower.at/news02/0410_falklands/exocet_4.htm

+++ aktiv gegen krieg +++

Aktionen gegen den Krieg in Großbritannien

Seit Russland in die Ukraine einmarschiert ist, hat die CND – als Teil der internationalen Friedensbewegung – alles getan, um ein Ende des Krieges und Verhandlungen zu fordern. Wir initiierten zusammen mit „Code Pink“ in den USA, dem „No to War – No to NATO“-Netzwerk und der in Großbritannien ansässigen „Stop the War“-Koalition den Aufruf zu einem Globalen Aktionstag gegen den Krieg. Seitdem haben sich uns viele andere Organisationen aus der ganzen Welt angeschlossen. Am globalen Aktionstag, dem 6. März, marschierten mehrere Tausend Menschen durch das Zentrum Londons. Unsere Slogans waren „Nein zum Krieg in der Ukraine“, „Abzug der russischen Truppen“ und „Kein Atomkrieg“. Wir organisieren uns weiterhin international und legen großen Wert darauf, Friedensaktivisten sowohl in der Ukraine als auch in Russland zu unterstützen, wo sie unter sehr schwierigen Umständen viel Mut zeigen müssen. Sie inspirieren uns, den Mächtigen die Wahrheit zu sagen: Wir unterstreichen die negative Rolle, die die NATO bei der Destabilisierung der Region gespielt hat. Die Bereitstellung genauer Informationen über die Ursprünge des Konflikts ist wichtig. Denn Wahrheit wird im Kriegsfeber meist geleugnet.

Unsere lokalen Gruppen und Aktiven haben mit vielen Aktionen eine Lösung in Europa gefordert, die auf gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung basiert. Wir müssen zusammenarbeiten, um die Gefahr der nuklearen Vernichtung zu stoppen. Internationaler Dialog und Solidarität geben uns Kraft, zu einem dauerhaften Ergebnis für den Frieden beizutragen.

Kate Hudson, Großbritannien, CND – Campaign for Nuclear Disarmament

+++ engagiert für den Frieden +++

Interview mit einem aktiven, langjährigen Ostermarsch-Teilnehmer

„Ich sehe auch Signale für neuen Aufbruch“

Wohl selten haben die Ostermärsche in einer solch politisch schwierigen Situation stattgefunden, in der die Friedensbewegung massiv attackiert wird. Hat es vergleichbare Angriffe auch früher in der Zeit des Kalten Krieges gegeben?

Wenn ja, was können wir daraus für heute lernen?

Willi van Ooyen: Viele von uns, die bereits in den 1960er Jahren (meine erste Ostermarschbeteiligung war 1966 in Dortmund) mit marschierten, kennen den Spruch „geht doch rüber.“ Gemeint war die DDR. Der „kalte Krieg“ duldet keine antimilitaristischen Positionen. Die Adenauer-Phase hatte die Erfahrungen der neutralen Zeit von 1945 bis 54 durch Remilitarisierung und West- und NATO-Einbindung verdrängt. Atomwaffen-Wünsche wurden laut und letztlich durch Frankreich verhindert. Wer damals gegen den Mainstream aktiv wurde, musste schon ein gesundes Selbstbewusstsein mitbringen. Erst allmählich wuchs aus diesem widerständigen Kern der Ostermarschbewegung eine gesellschaftlich breite pazifistische Grundhaltung.

In den letzten Jahrzehnten nahm die politische Aufklärung über Krieg und Atomkriegsgefahren, die die Friedensbewegung in den 1980er Jahren gesellschaftlich mehrheitsfähig gemacht hatte, ab – trotz der vielfältigen Proteste gegen die Kriege in Irak, Jugoslawien und Afghanistan und gegen die sich ausweitenden Kriegseinsätze der Bundeswehr. Wir müssen die politische Aufklärungsarbeit wieder verstärken.

Ein zentraler Vorwurf von vielen, auch Wohlmeinenden, ist, die Friedensbewegung sei nicht mobilisierungsfähig, überaltert. Wo stehen wir mit den Ostermärschen 2022?

Der Erfolg der bundesdeutschen Friedensbewegung, die sich am deutlichsten bei den Ostermärschen zeigt, besteht in der dezentrale Struktur der Basisinitiativen. Diese wird getragen von Menschen, die sich für die Entwicklung der Friedensbewegung – in der Regel basierend auf den Aktivitäten in den 1980er Jahren – immer noch verantwortlich fühlen. Diese Aktiven konnten in den verschiedenen historischen Etappen mit ihren klaren politischen Überzeugungen – gegen Krieg und Militär, für Abrüstung und internationale soziale Gerechtigkeit – immer neue Kreise mobilisieren. Diese Aktiven sind es, die die bündnispolitische Öffnung zu Gewerkschaften, Kirchen, neuen Bewegungen und Initiativen – auch zur Jugend – im Blick haben. Auch die Anschlussfähigkeit zu den jeweils aktuellen Themen (Flucht, Vertreibung, Klima, Migration, Sozialabbau, innere Militarisierung, Rechtsentwicklung) ist in der Regel gelungen. Zu Ostern werden wir nicht selbstzufrieden zurück auf die Vergangenheit blicken. Stattdessen müssen wir gegen die aktuellen Kriege und die ausufernde Militarisierung unserer Gesellschaft mobilisieren. Ich habe das Gefühl, dass es für einen neuen Aufbruch der Friedensbewegung erste Signale gibt.

Du bist je schon lange dabei. Was mo-



61 Jahre Ostermarsch Das Volk, das ein anderes unterjocht, schmiedet seine eigenen Ketten.

Karl Marx 1870 in Hinblick auf Englands Herrschaft über Irland.

Die Hessische NaturFreunde-Jugend organisierte 1959 zu ihrem Landestreffen einen Marsch unter dem Motto „Kampf dem Atomtod“ von Hanau nach Offenbach. Dieser Vorläufer der Ostermärsche führte 1961 zum ersten regelmäßigen österreichischen Friedensmarsch. Der Text eines damals vielgesungenen Liedes ging so: „Marschieren wir gegen den Osten – Nein! Marschieren wir gegen den Westen – Nein! Wir marschieren für eine Welt, die von Waffen nichts mehr hält – denn das ist für uns am Besten!“

tiviert Dich, immer wieder diese auch anstrengenden Aktionen mit vorzubereiten?

Die Ostermärsche sind Teil der politischen Kultur unseres Landes. Damit bin ich „älter“ geworden und weiß, dass es ohne gelebte Widerständigkeit keine Veränderung der Politik geben wird. Dabei war für mich immer Aufklärung das zentrale Anliegen. Sich analytisch mit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen international und im eigenen Land auseinanderzusetzen und Ansatzpunkte für gemeinsames Handeln zu finden, ging immer auch über die engeren Themen der Friedensbewegung hinaus. Sicher haben wir auch mit Niederlagen – Remilitarisierung, Notstandsgesetze, Stationierung atomarer Waffen, weltweite Kriegseinsätze – leben und uns wieder neu aufrichten müssen. Dazu waren die freundschaftlichen, persönlichen Beziehungen untereinander und der regelmäßige Austausch (z. B. beim jährlichen Friedensratschlag in Kassel)

ein wichtiges Bindemittel.

Die Friedensbewegung hat sich immer für Abrüstung und internationale Kooperation eingesetzt. Das prägt uns. Dabei war der Grad der Bedrohlichkeit für das Überleben, gegen das wir aktiv wurden, sehr unterschiedlich. Ich erinnere an die Neutronenbombe und an die Raketenstationierung. Es gab auch erfolgreiche Etappen in der Politik, die heute wieder eine Hoffnung für neue Ansätze bieten könnten: wie die Entspannungspolitik und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1975).

Trotz der drohenden Ausweitung mit weltweit aktuell über 20 Kriegen bin ich zuversichtlich, dass wir mit unseren Aktionen zu Ostern ein sichtbares Zeichen gegen Kriege und Militarisierung setzen werden.

Willi van Ooyen ist Aktivist der Friedensbewegung. Von 2008 bis 2017 war er Abgeordneter im Hessischen Landtag der Partei Die Linke.

Gemeinsame Sicherheit – Blaupause fürs Überleben

Anna Sundstrom

Russlands unrechtmäßiger Krieg gegen die Ukraine ist eine Katastrophe – nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die globale Sicherheit. Er zerstört internationale Zusammenarbeit in einer Zeit, in der diese nicht zuletzt aufgrund der Klimakrise mehr denn je benötigt wird. Wieder einmal stehen wir in Europa vor einem Krieg, der Gefahr läuft, sich in einen dritten Weltkrieg zu verwandeln.

Wieder einmal laufen wir Gefahr, dass Atomwaffen eingesetzt werden. Wieder einmal müssen wir uns fragen, was unsere globale Blaupause für das Überleben sein könnte.

„Die internationale Sicherheit muss auf der Verpflichtung zum gemeinsamen Überleben beruhen und nicht auf der Gefahr der gegenseitigen Zerstörung.“ Zu diesem Schluss kam die Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen unter dem Vorsitz von Olof Palme auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs mit der Gefahr eines Atomkriegs in Europa. Mit ihrem 1982 veröffentlichten Bericht führte die Palme-Kommission einen neuen Begriff in die internationale Sicherheitsdebatte ein: die „Gemeinsame Sicherheit“. Die Grundidee lautet: Kein Land kann auf lange Sicht Sicherheit erlangen, wenn es einseitig über eigene Militäreinsätze entscheidet. Sicherheit hängt auch von den Handlungen und Reaktionen potenzieller Gegner ab. Daher muss die Sicherheit mit diesen Gegnern gemeinsam gefunden werden.

Das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ wurde als ein Weg präsentiert, um über eine vom Wettrüsten dominierte Welt hinauszugehen und zu einer alternativen Welt zu gelangen, in der Staaten und Völker ihre gemeinsamen Interessen am Überleben anerkennen. „Staaten können nicht länger Sicherheit auf Kosten des anderen suchen“, wie die Palme-Kommission feststellte.

Russlands Krieg gegen die Ukraine ist auch ein Angriff auf die freie und demokratische Welt. In diesen beunruhigenden Zeiten ist die Feststellung der Palme-Kommission „Wir stehen vor gemeinsamen Gefahren und müssen daher auch unsere gemeinsame Sicherheit fördern“ eine solide Grundlage für gemeinsame, globale Lösungen.

Anna Sundström, Generalsekretärin des Internationalen Olof Palme Zentrums in Stockholm

Doppelte Zäsur

Andrej Hunko

Wir leben in Zeiten des Umbruchs. Nicht nur der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine markieren eine Zeitenwende. Auch die Sondersitzung des Bundestages vom 28. Februar 2022 lässt vermuten, dass auch Deutschland nach diesem Krieg anders sein wird als vorher: Ein in der Nachkriegsgeschichte einmaliges militärisches Aufrüstungsprogramm soll in den nächsten Wochen verabschiedet, der entsprechende Sonderfonds von 100 Milliarden Euro sogar im Grundgesetz verankert werden. Bei der Ankündigung von Olaf Scholz im Reichstag gab es stehende Ovationen. Wir erleben eine doppelte Zäsur.

Dabei ist offensichtlich, dass dieser Aufrüstungsschub keine Auswirkung auf den jetzigen Krieg in der Ukraine haben wird, der ukrainischen Bevölkerung nicht hilft. Der Schock über den russischen Einmarsch wurde genutzt, um schon länger in Schubladen liegende Aufrüstungspläne hervorzuholen. Es geht offenbar um Rüstung für künftige Kriege. Die deutschen Rüstungsaktien sprangen an den Börsen unmittelbar um 50 Prozent nach oben und legen seitdem weiter zu. Pflegenotstand? Kinderarmut? Klimaerhitzung? All das spielt jetzt keine große Rolle mehr.

Aber die sozialen Fragen werden nach dem Schock der ersten Tage mit Macht auf die Tagesordnung drängen, spätestens wenn die Heizkostenrechnungen kommen. „Frieren für die Freiheit“, wie es Ex-Bundespräsident Gauck fordert, können sich vielleicht noch die Wohlhabenden leisten. Und mit Freiheit hat es nichts zu tun, wenn das Gas künftig zu schlechteren Konditionen aus Katar kommt. Das Geld, das für neue Rüstungsvorhaben ausgegeben wird, kann eben nur einmal ausgegeben werden. Es steht nicht für die vielen so dringend nötigen Investitionen im sozial-ökologischen Bereich zu Verfügung.

Mich hat die Bundestagssitzung vom Februar 2022 atmosphärisch an das erinnert, was ich über den Kriegsbeginn im August 1914 gelesen habe, als über Kriegskredite für den Ersten Weltkrieg abgestimmt wurde. Aber die Ankündigungen des 28. Februars müssen noch parlamentarisch umgesetzt werden. Dagegen ist massiver gesellschaftlicher Widerstand notwendig. Auf der Tagesordnung steht eine Erneuerung und die Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung.

Andrej Hunko ist Mitglied des Bundestags, DIE LINKE

+++ aktiv gegen krieg +++

Rauf auf's Rad – Runter mit der Rüstung

Fahrradaktion gegen die Air Base Ramstein am 30. April 2022 im Rahmen der „Global Days of Action on Military Spending“ (GDAMS). Wir setzen ein deutliches Zeichen gegen den Drohnenkrieg, für den die Air Base unverzichtbar ist, und für Frieden und Abrüstung. Treffpunkt ist 11:30 Uhr der Parkplatz der Gedenkstätte für die Flugschauopfer. Nach dem Schmücken unserer Fahrräder mit Friedensfahnen und Forderungen werden wir zwei Runden um die Air Base fahren (je ca. 20 km).

Weitere Infos auf: www.ramstein-kampagne.eu/fahrradaktion-2022/

+++ engagiert für den frieden +++

Interview von Rainer Braun mit Oleg Bodrov aus St.Petersburg und mit Yurii Sheliashenko aus einer ukrainischen Großstadt

„Beide Länder militarisieren sich“

Können Sie sich kurz vorstellen?
Oleg Bodrov: Ich bin Oleg Bodrov, Physiker, Ökologe, Vorsitzender des Öffentlichen Rates der Südküste des Finnischen Meeresbusens, St. Petersburg. Umwelt, nukleare Sicherheit und die Förderung des

ein Teil der Ukraine: Meine Frau ist halb Ukrainerin; ihr Vater stammt aus Mariupol. Meine Freunde und Kollegen sind Ökologen aus Kiew, Charkiw, Dnipro, Konotop, Lemberg. Ich bin Kletterer, und bei den Aufstiegen war ich durch ein Siche-

im Januar 1945 verwundet und in einem Krankenhaus in Dnepropetrovsk behandelt.

Yurii Sheliashenko: Mein Name ist Yurii Sheliashenko. Ich bin Friedensforscherin, Pädagogin und Aktivistin aus der Ukraine. Meine

gen und Feindseligkeiten zwischen beiden Nationen. Sie ist auch Teil des langjährigen globalen Konflikts zwischen dem Westen und dem Osten. Um es vollständig zu verstehen, sollten wir uns an Begriffe wie Kolonialismus, Imperialismus,

Politik und Armee. Auf diese Weise entstand eine mächtige ukrainische Lobby mit Verbindungen zur Ukraine, die interventionistische Ambitionen hatte. Als die UdSSR zusammenbrach und die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangte, beteiligte



Friedens waren in den letzten 40 Jahren die Schwerpunkte meiner Arbeit. Heute fühle ich mich wie

rungsseil mit Anna P. aus Charkow verbunden. Mein Vater, ein Teilnehmer des Zweiten Weltkriegs, wurde

Fachgebiete sind Konfliktmanagement, Rechts- und Politiktheorie und Geschichte. Des Weiteren bin ich Exekutivsekretärin der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung und Vorstandsmitglied im Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung mit Sitz in Brüssel, Belgien.

Bitte beschreiben Sie, wie Sie die aktuelle Situation sehen.

O.B.: Die Entscheidung über die Militäroperation gegen die Ukraine wurde vom Präsidenten Russlands getroffen. Gleichzeitig glaubten russische Bürger – so zumindest die Befunde von unabhängigen Medien –, dass ein Krieg mit der Ukraine prinzipiell unmöglich sei.

Doch in den letzten acht Jahren wurde auf allen staatlichen Kanälen des russischen Fernsehens täglich antiukrainische Propaganda ausgestrahlt. Sie sprachen über die Schwäche und Unbeliebtheit des Präsidenten der Ukraine, über die Nationalisten, die die Annäherung an Russland blockieren, über den Wunsch der Ukraine, der EU und der NATO beizutreten.

Die Ukraine wird vom Präsidenten Russlands als ein Territorium betrachtet, das historisch Teil des Russischen Reiches ist.

Die Invasion der Ukraine hat im Übrigen neben dem Tod von Tausenden von Menschen die globalen Risiken erhöht. Militärische Operationen werden auf dem Gelände von Kernkraftwerken durchgeführt. Der versehentliche Einschlag von Granaten in Atomkraftwerke wäre gefährlicher als der Einsatz von Atomwaffen.

Y.S.: Die illegale Invasion Russlands in die Ukraine ist Teil einer langen Geschichte der Beziehun-

Kalten Krieg, neoliberale Hegemonie und den Aufstand von Mächtegern-Hegemonen denken.

Wenn man über den Konflikt zwischen Russland und Ukraine spricht, so ist das Entscheidende an diesem obszönen Kampf zwischen archaischer imperialistischer Macht und archaisch-nationalistischem Regime der veraltete Charakter beider politischer Kulturen: Beide haben die Wehrpflicht und ein System militärischer patriotischer Erziehung anstelle von politischer Bildung. Deshalb nennen sich Kriegstreiber auf beiden Seiten gegenseitig Nazis. Mental leben sie immer noch in der Welt des „Großen Vaterländischen Krieges“ der UdSSR oder der „Ukrainischen Befreiungsbewegung“ [in den 1920er bis 1940er Jahren; d. Red.] und glauben, dass sich die Menschen um ihren Oberbefehlshaber vereinen sollten, um den existenziellen Feind, diese „Hitleristen“ oder (auch nicht besseren) „Stalinisten“, in deren Rolle sie überraschenderweise ein Nachbarvolk sehen, zu vernichten.

Gibt es Besonderheiten in dieser Auseinandersetzung, über die man in der westlichen Öffentlichkeit nicht oder wenig informiert ist?
Y.S.: Zweifellos. Das betrifft die ukrainische Diaspora und ihre Vernetzung. Diese Diaspora insbesondere in Amerika wuchs nach zwei Weltkriegen deutlich an. US-amerikanische und andere westliche Geheimdienste rekrutierten während des Kalten Krieges Agenten aus dieser Diaspora, um nationalistische Stimmungen und den Separatismus in der UdSSR anzustacheln. Einige ethnische Ukrainer wurden reich oder machten Karriere in der US-amerikanischen und kanadischen

sich die westliche Diaspora aktiv an der Nationenbildung.

Gibt es in Russland Aktivitäten gegen den Krieg und wenn ja, wie sehen diese aus?

O.B.: Antikriegsaktionen fanden in St. Petersburg, Moskau und in Dutzenden von russischen Großstädten statt. Viele Tausend Menschen gingen einfach auf die Straße, um ihre Ablehnung des Krieges zum Ausdruck zu bringen. Die meisten Teilnehmenden sind junge Menschen. Mehr als 7.500 Studierende, Mitarbeiter und Absolventen der ältesten russischen Universität, der Lomonossow-Universität in Moskau, haben eine Petition gegen den Krieg unterzeichnet. Man versteht sich als Teil einer freien demokratischen Welt, die den Menschen jetzt aufgrund der isolationistischen Politik des Präsidenten vorenthalten werden soll. Die Behörden behaupten, dass Russland über die notwendigen Ressourcen für Leben und auch über Atomwaffen verfüge, womit man auch unter den Bedingungen der Isolation vom Rest der Welt die Bevölkerung schützen könnte. Mehr als eine Million Russinnen und Russen unterzeichneten die Petition „NO TO WAR“. Einzelne Streikposten „GEGEN ATOMWAFFEN“ und „GEGEN BLUTIGEN KRIEG“ finden täglich in St. Petersburg und anderen russischen Städten statt [jeweils bei Stand des Interviews Mitte März; d. Red.] Allerdings gibt es auch dieses: Mitarbeiter des nach Kurtschatow benannten Instituts für Atomenergie in Moskau unterstützen „uneingeschränkt die Entscheidung des Präsidenten der Russischen Föderation, eine besondere militärische Operation“ auf dem Territorium der

+++ aktiv gegen krieg +++

Ukraine- Krieg: Die Atomwaffenstaaten müssen verbindlich ihren Verzicht auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen erklären

Durch die Drohung von Präsident Putin ist die Gefahr eines möglichen Atomkriegs in Europa in unmittelbare Nähe gerückt. Was viele Menschen nicht wissen: Mehrere tausend Atomwaffen, russische wie amerikanische, sind in jeder Sekunde in erhöhter Alarmbereitschaft. Das Risiko, dass sie im Ukraine-Krieg bewusst durch Präsident Putin eingesetzt werden, mag einem vernünftigen Menschen vielleicht gering erscheinen. Aber ist hier noch irgendetwas vernünftig? Der Abwurf einer einzigen Atomwaffe auf Kiew, Warschau oder Berlin würde sofort mehrere 100.000 Menschen töten. 1000 der etwa 13.000 Atomwaffen weltweit würden das Leben auf der Erde beenden. Nie wieder Krieg heißt für uns Ärztinnen und Ärzte: Wir werden in einem Atomkrieg nicht helfen können, deshalb müssen wir ihn verhüten – hier in Europa und auf der ganzen Welt! Wir Ärzt:innen machen uns große Sorgen: Bei einem Missverständnis, bei einem Unfall, bei einem Fehler – sind die Vorwarnzeiten zu kurz. Fehler können nicht mehr korrigiert werden können. Das wäre das Ende. Was ist zu tun? Die Atomwaffen müssen jetzt auf Seiten der USA und Russlands aus der Alarmbereitschaft genommen werden. Das ist der erste Schritt! Die strikte Ablehnung einer Flugverbotszone, damit die NATO nicht in den Krieg hineingezogen wird, ist richtig – ein guter Anfang. Aber Präsident Biden muss als Führungsmacht in der NATO weitergehen. Er muss Präsident Putin anbieten, die Atomwaffen gemeinsam aus der Alarmbereitschaft zu nehmen, um im nächsten Schritt, wieder gemeinsam, einen Vorschlag an die drei weiteren Atomwaffen Großbritanien, Frankreich und China auf den Tisch zu legen, dass sie verbindlich – mittels vertraglicher Festlegung – auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen verzichten. Alle fünf Atomwaffen haben vor wenigen Monaten gemeinsam bekundet: Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Atomkrieg niemals gewonnen werden kann. Jetzt sollten die Atomwaffen weitergehen: Gemeinsam auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen verzichten! Dadurch würden sie uns Menschen in Europa endlich aus der nuklearen Geiselhaft nehmen. Angelika Claußen, IPPNW – Internationale Ärzt:innen für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzt:innen in sozialer Verantwortung

+++ engagiert für den Frieden +++

Ukraine durchzuführen. Und dies ist nicht das einzige Beispiel für die Unterstützung von Aggressionen. Ich und meine Kollegen in der Umwelt- und Friedensbewegung sind überzeugt, dass unsere Zukunft in Russland und der Ukraine zerstört wird.

Ist der Frieden mit Russland in der Ukraine ein Thema?

Y.S.: Das war zweifellos ein großes Thema. Präsident Selenskyj wurde 2019 wegen seiner Versprechen gewählt, den Krieg zu beenden und über Frieden zu verhandeln; er brach jedoch diese Versprechen und begann, pro-russische Medien und Opposition in der Ukraine zu unterdrücken und die gesamte Bevölkerung für den Krieg mit Russland zu mobilisieren. Dies fiel mit der Intensivierung der Nato-Militärhilfe und der nuklearen Aufrüstung zusammen. Putin startete seine eigenen Atomübungen und forderte vom Westen Sicherheitsgarantien, vor allem hinsichtlich einer Blockfreiheit der Ukraine. Anstatt solche Garantien zu geben, unterstützte der Westen die Militäroperationen der Ukraine im Donbass. Vor der russischen Invasion wurden fast täglich Zivilisten auf beiden Seiten getötet und verwundet, und zwar sowohl in von der Regierung in Kiew kontrollierten, als auch in den nicht von ihr kontrollierten Gebieten.

Wie groß ist die Repression gegen friedliche und gewaltfreie Aktionen in Russland?

O.B.: In meinem Land wurden alle unabhängigen demokratischen Medien geschlossen; diese haben – in der Regel unter Zwang – ihre Tätigkeit eingestellt. Die Propaganda des Krieges wird auf allen Kanälen des staatlichen Fernsehens betrieben. Facebook und Instagram sind blockiert. Unmittelbar nach Kriegsbeginn wurden neue Gesetze gegen Fälschungen und *„gegen die Diskreditierung der russischen Streitkräfte, die eine Spezialoperation in der Ukraine durchführen verabschiedet. Als „Fälschungen“ sind alle öffentlich geäußerten Meinungen zu verstehen, die dem widersprechen, was in den offiziellen Medien verlautbart wird. Die Strafen reichen von einer hohen Geldbuße von mehreren zehntausend Rubel bis hin zu einer Freiheitsstrafe von bis zu 15 Jahren. Der Präsident kündigte einen Kampf gegen „nationale Verräter“ an, die die Umsetzung seiner Ukraine-Pläne behindern. Das Justizministerium der Russischen Föderation weist Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, die mit Partnern aus anderen Ländern zusammenarbeiten, weiterhin den Status eines „ausländischen Agenten“ zu. Die Angst vor Repression wird in Russland zu einem wichtigen Lebensfaktor.*

Wie sieht die Demokratie in der Ukraine aus? Gibt es Parallelen?

Y.S.: Am 24. Februar 2022 begann Putin seine brutale und illegale

Offensive, die, wie er sagt, auf die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine abzielt. Inzwischen militarisieren sich sowohl Russland als auch die Ukraine. Sie ähneln dabei immer mehr den Nazis. Niemand ist bereit, dies zu ändern. Die regierenden, populistischen Autokraten und ihre Teams in beiden Ländern profitieren vom Krieg. Ihre Macht verstärkt sich. Dabei gibt es viele Möglichkeiten für persönlichen Gewinn: Russische Falken profitieren von der internationalen Isolation Russlands, da dies eine militärische Mobilisierung bedeutet und alle öffentlichen Ressourcen jetzt in ihren Händen sind. Im Westen korrumpiert der militärisch-industrielle Komplex die Regierungen und große Teile der Zivilgesellschaft. Die Händler des Todes profitieren stark von der Militärhilfe für die Ukraine: Die Rüstungskonzerne Thales (Lieferung von Javelin-Raketen an die Ukraine), Raytheon (Lieferung von Stinger-Raketen) und Lockheed (dieser Konzern kann weltweit erheblich mehr Kampffjets ausliefern) erleben enorme Anstiege bei Gewinn und Börsenwert. Und diese Händler des Todes wollen noch mehr Profit aus dem Töten und Zerstören herauschlagen.

Was erwarten Sie von der Friedensbewegung in der Welt und allen friedliebenden Menschen?

O.B.: Es ist notwendig, dass sich die Teilnehmer der Bewegung für den Frieden mit Umweltschützern, Menschenrechtsaktivisten, Antikriegs-, Anti-Atom- und anderen friedliebenden Organisationen zusammenschließen. Konflikte sollten durch Verhandlungen gelöst werden, nicht durch Krieg. FRIEDEN ist gut für uns alle!

Was kann ein Pazifist für den Frieden tun, wenn sein Land angegriffen wird?

Y.S.: Nun, zuallererst sollte ein Pazifist ein Pazifist bleiben, weiterhin mit gewaltfreiem Denken und Handeln auf Gewalt reagieren. Wir sollten alle Anstrengungen unternehmen, um friedliche Lösungen zu suchen, um sich der Eskalation zu widersetzen und sich um die Sicherheit anderer und sich selbst zu kümmern. Wir sind eine kleine Gruppe ohne nennenswerten politischen Einfluss. Dennoch muss alles unternommen werden, damit sich in der Ukraine eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit durch Friedensforschung, Bildung und Journalismus entwickelt. Nur dann wird eine echte und breit verankerte Friedensbewegung möglich sein. Liebe Freundinnen und Freunde, danke, dass Sie sich um die Situation in der Ukraine kümmern! Lasst uns gemeinsam eine bessere Welt ohne Armeen und Grenzen für den gemeinsamen Frieden und das Glück der Menschheit aufbauen!

Das Interview führte Reiner Braun (auf elektronischem Weg).

Scholz als Schockstrategie

Friedensbewegung in Zeiten des Krieges

Reiner Braun

Die von Naomi Klein in ihrem Buch entwickelte Theorie über das Wirken der „Schockstrategie“ bewahrheitet sich einmal mehr. Den Krieg in der Ukraine auszunutzen zog Bundeskanzler Scholz, Pläne und Überlegungen aus der Schublade, um sie in der zugespitzten Situation des Krieges, der zugespitzten Konfrontation schnell durchzusetzen. Pläne und politische Vorhaben, die im normalen politischen Leben, angesichts des Widerstandes in der Bevölkerung, unvorstellbar wären, werden jetzt in einer „Katastrophensituation“ politische Realität: Schockstrategie Februar/März 2022.

Der Kern dieser Pläne ist das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: In einem im Grundgesetz verankerten Sondervermögen sollen 100 Milliarden 2022 zur weiteren Aufrüstung und zur Beschaffung modernen Militärequipments zur Verfügung gestellt werden. Die Grundgesetzverankerung bedeutet auch eine weitere Militarisierung unserer Verfassung, die 1949 noch als antimilitaristische verabschiedet wurde. So war keine Armee vorgesehen. Die Rüstungsausgaben steigen umgehend und dauerhaft auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – von 2021 gut 50 Milliarden Euro auf rund. 75 Milliarden. Dies beinhaltet die weitere Entwicklung des neuen europäischen Kampfflugzeuges EFCAS, die Beschaffung von nuklearwaffenfähigen Kampfflugzeugen vom Typ F35, die Anschaffung der Eurodrohne und die Kofinanzierung von Aufrüstungsschritten der EU. So nebenbei wird auch das innenpolitisch umstrittene Konzept des „nuclear sharings“, der Beteiligung Deutschlands an den Atomwaffen, fortgeschrieben.

Alle diese Waffenprojekte waren bisher gesellschaftlich und politisch hoch umstritten. Widerstand bis hinein in die Regierungsparteien war sichtbar. Jetzt sollen sie mit einem Schlag Realität werden. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine macht es möglich. Dieser völkerrechtswidrige Krieg ist aber keine Begründung für weitere Aufrüstung.

Schon jetzt beträgt die Überlegenheit bei den Rüstungsausgaben zwischen der Nato und Russland 15 zu 1, bei den Streitkräften 5 zu 1 und bis auf wenige Ausnahmen verfügt die Nato über die „modernere“ – sprich: tödlichere – Kriegstechnologie. Krieg in Europa zwischen NATO und Russland ist fast automatisch ein Weltkrieg und ein Atomkrieg. Auch deshalb darf ein solcher niemals geführt werden. Weitere ungehemmte Aufrüstung erhöht jedoch die Dynamik zu einem solchen Krieg. Dabei tötet die Rüstung schon heute und täglich: im Süden durch eine nach wie vor bestehende, massive Hunger- und Armut-Herausforderung. Bei uns durch permanenten Sozialabbau. Wer soll denn diese Aufrüstung bezahlen: Krupp oder Krause?

Diese Frage an diese Bundes-



regierung stellen, heißt sie beantworten. Der rasante Anstieg der Inflation auf mehr als 7 Prozent zeigt, wohin die Lage sich entwickeln wird. Ungelöst bleiben die ökologischen Herausforderungen besonders die Klimagerechtigkeit. Jeder Cent für Rüstung fehlt beim Kampf gegen die Klimaerwärmung, bei der Schaffung von mehr Resilienz, bei präventiven Maßnahmen. Nicht zuletzt ist Militär selbst ein großer Klima-Killer.

Das NEIN zu diesen Aufrüstungsplänen ist eine JA zu sozial-ökologischer Transformation, ist ein Ja zu einer Politik der gemeinsamen Sicherheit, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt. Stoppt das gigantische Aufrüstungsprogramm! NEIN zum 100 Milliarden Sondervermögen! NEIN zu den Zwei-Prozent-des-BIP für Krieg und Zerstörung.

Die Entwicklung einer breiten Protestbewegung national und – da vergleichbare Aufrüstungsprogramme in allen NATO-Ländern und darüber hinaus entwickelt wurden

– international ist die Aufgabe der Friedensbewegung. Erste Aufrufe und Appelle wurden gestartet. Sie verdienen die größtmögliche Unterstützung. Gelingen sollte, nicht nur die Friedensbewegung, sondern auch die Gewerkschaften, die Kirchen, alle sozialen Bewegungen zu mobilisieren. Es handelt sich bei den Vorstellungen der Regierenden um militärische Aufrüstungsschritte, die uns der Katastrophe eines großen Krieges näherbringen.

Das NEIN zu jeglicher weiteren Aufrüstung ist ein JA zum Leben, ein JA zur friedlichen Gestaltung der Zukunft. Lasst uns dazu beitragen, dass diese Stimmen in diesem Lande wieder unüberhörbar werden. Es ist in dieser Zeit von medialer Kriegshetze, berechtigter Betroffenheit, tiefer Verunsicherung und einer gigantischen Aufrüstungshysterie nicht einfach – aber möglich.

Die Ostermärsche sind ein guter Beginn.

Reiner Braun, International Peace Bureau, gehört dem Arbeitsausschuss „abrüsten statt aufrüsten“ an.

+++ aktiv gegen krieg +++

US-Progressive verurteilen Russlands Invasion – und widersetzen sich der NATO

So wie wir in der US-Friedensbewegung die Invasionen im Irak und in Afghanistan und die anhaltende Bombardierung des Jemen verurteilt haben, verurteilen wir nun aufs Schärfste die russische Invasion der Ukraine und trauern um all jene, die in diesem schrecklichen, illegalen Krieg ihr Leben verlieren.

Wir verurteilen auch die NATO, die in der Vergangenheit illegal in souveräne Staaten wie Afghanistan und Libyen eingedrungen ist. Sie fördert einen Teufelskreis des Militarismus, wenn sie darauf besteht, dass alle 30 Mitglieder 2 Prozent ihres BIP für die Vorbereitung auf den Krieg ausgeben. Es ist ein Bündnis auf der ständigen Suche nach neuen Feinden, um seine Existenz zu rechtfertigen.

Wir müssen uns den Forderungen nach einer Flugverbotszone, wie sie Selenskyj fordert, widersetzen. Wir müssen den Menschen helfen zu verstehen, dass dies eine direkte Konfrontation mit Russland und die reale Möglichkeit eines weiteren Weltkriegs sowie eine nukleare Konfrontation auslösen würde..

Diese Krise sollte auch allen verdeutlichen: Notwendig ist der Aufbau einer massiven globalen Bewegung zur Unterstützung des UN-Vertrags zum Verbot von Atomwaffen. Ohne Putin zu entschuldigen, der die direkte und unmittelbare Verantwortung für die Invasion der Ukraine trägt, müssen wir unsere Regierungen dazu drängen, den Krieg nicht weiter anzuhetzen. Und wir, das Volk, müssen alles tun, was wir können – auf die Straße gehen, unsere Vertreter drängen, Leitartikel schreiben, Teach-ins abhalten – um diesen Krieg zu beenden.

Medea Benjamin, Mitbegründerin von CODEPINK for Peace, Mitglied von No to NATO, Gründerin von PeaceInUkraine.org und Autorin mehrerer Bücher.

+++ engagiert für den frieden +++

Eingebettet in Geopolitik

Der Ukrainekrieg und die Konjunktur eines Begriffs

Peter Wahl

Der Begriff Geopolitik hat Konjunktur. Und das schon seit einigen Jahren vor dem Ukraine-Krieg. Ursprünglich steht er für eine veraltete Theorie der internationalen Beziehungen, die außenpolitisches Verhalten aus der Geographie ableitet. So würden z.B. aus der Insellage Englands die Kriegsflotte und das Auftreten als Seemacht folgen.

Sicher kann die geographische Situation eines Landes eine gewisse Rolle spielen. So haben die USA de facto eine kontinentale Insellage, d.h. bei all ihren Kriegen sind sie selbst immer Tausende von Kilometern weg vom Schuss. Tatsächlich aber entsteht Außenpolitik nicht aus einem, sondern aus einer komplexen Vielzahl von Faktoren. Deshalb wird Geopolitik heute nur noch allgemein im Sinne von *Machtpolitik in den internationalen Beziehungen* verstanden.

Machtpolitik steht im Widerspruch zu den Idealen der Friedensbewegung. Doch die maßgeblichen Politiker in den maßgeblichen Ländern denken und handeln in solchen Kategorien. Wenn man diese Realität verändern will, muss man wissen, wie sie funktioniert.

Wichtige Beiträge dazu waren schon die Imperialismustheorien vom Beginn des 20. Jahrhunderts.



Sie verknüpfen die expansive Dynamik des Kapitalismus – darunter das Konkurrenzprinzip – mit Eroberungs- und Weltherrschaftspolitik. So konnten sie wesentliche Treiber des Ersten Weltkriegs erklären. Moderne Fortschreibungen sind die an Gramsci anknüpfende *Politische Ökonomie der internationalen Bezie-*

hungen, oder die *Weltsystemtheorie* von Immanuel Wallerstein, die in der Friedensbewegung allerdings kaum zur Kenntnis genommen wurden. Sie haben mit anderen Theorien, wie der sog. *(Neo)realistischen Schule der Internationalen Beziehungen* etwas gemeinsam: die systemische bzw. strukturalistische Sicht auf das internationale System. Allerdings lehnen sie deren normativen Voraussetzungen – Krieg als quasi naturgegeben – ab.

Wesentliche Eckpunkte des systemischen Blicks sind:

Kein Staat existiert für sich allein, sondern immer nur in Wechselbeziehung zu Nachbarn, Rivalen, Verbündeten usw. Dementsprechend entsteht sein außenpolitisches Verhalten nicht nur aus seinen internen Verhältnissen heraus, sondern auch aus der Dynamik des Systems. Es gibt eine systemische Logik und daraus Pfadabhängigkeiten. Das heißt jedoch nicht, dass das System ein mechanisch ablaufendes Uhrwerk wäre. Als von Menschen gemacht, erlaubt es zu jedem Zeitpunkt alternative Handlungsmöglichkeiten.

Es gibt keinen Weltstaat. Moderne Staatlichkeit weist durch Verfassung, Rechtssystem etc. eine hohe Regelungsstärke auf, die gesellschaftliche Konflikte in geordneten Bahnen halten. Demgegenüber gibt es regulierende Staatlichkeit auf internationaler Ebene nur in rudimentären Ansätzen: als Völkerrecht, zwischenstaatliche Verträge und multilaterale Institutionen.

Auch wenn völkerrechtlich alle nominal den gleichen Status haben, ist das System hierarchisch. Wer an der Spitze steht, hat prägenden Einfluss. Je weiter es nach unten geht, umso geringer sind Handlungsspielräume und Einfluss. Die USA sind nicht Lesotho.

Die Position in der Hierarchie hängt von den Machtressourcen eines Land ab: Militär, Ökonomie, Technologie, politische Vernetzung

und Soft-Power. Die Durchsetzungsfähigkeit und Handlungsoptionen für eigene nationale Interessen ergeben sich daraus.

Aufgrund all dessen sind die machtpolitischen Kräfteverhältnisse das zentrale Regulationsprinzip. Normen, Völkerrecht und institutionelle Arrangements werden von

den großen Spielern nur solange akzeptiert, wie sie ihren vitalen Interessen nicht entgegenstehen. Eine Großmacht will möglichst keine normativen Bindungen eingehen, die ihre machtpolitischen Handlungsspielräume einengen.

Aus den machtpolitischen Kräfteverhältnissen entsteht eine systemische Dynamik. Für etwa anderthalb Jahrzehnte nach Ende der UdSSR war das System unipolar, d.h. die USA waren unangefochten einzige Supermacht. Es war die Ära des *American Empire*. Inzwischen erodiert diese Weltordnung. An ihre Stelle tritt ein multipolares System. In dessen Zentrum steht die Rivalität zwischen den USA und China. Gleichzeitig gibt es ein Comeback von Russland als Großmacht. Auch Indien strebt einen Aufstieg zur Supermacht an.

Der Konflikt zwischen unipolarer und multipolarer Weltordnung steht seit etwa einem Jahrzehnt im Zentrum des internationalen Systems. Er bildet quasi sein Betriebssystem, das nicht nur das Verhalten der Großmächte prägt, sondern auch alle wichtigen regionalen Probleme beeinflusst. Der Umbruch bedeutet eine Entwestlichung der Welt und das Ende der 500-jährigen euroatlantischen Überlegenheit.

Der Ukraine-Krieg ist in diesen Zusammenhang eingebettet. Zwar hat er auch eine eigene Dynamik. Die steht aber mit dem geopolitischen Kontext in enger Wechselwirkung. Wirklich verstehen kann man ihn nur in seinem strukturellen Kontext. Und nur so auch eine autonome Position jenseits von Russland und NATO formulieren, sowie wirksame Vorschläge zu seiner Beendigung.

Peter Wahl ist aktiv bei Attac Deutschland

+++ aktiv gegen krieg +++

Frieden ist unteilbar!

Ukrainer*innen, Pazifist*innen, getrieben und verfolgt von tiefer Sorge um die Menschen ihrer Umgebung bitten uns: Liefert Waffen – zur Verteidigung von unserem Land – also zur Notwehr! Was machen wir zuallererst als friedensbewegte Frauen*: wir unterstützen durch Solidarität, wo es möglich ist. Aber die Forderungen nach Waffenlieferungen bringen uns – wie große Teile der Friedensbewegung – in ein Dilemma. Denn wir engagieren uns unser ganzes Leben lang für friedliche Konfliktlösung, für Abrüstung und Entmilitarisierung.

Wir nehmen wahr wie auch für die Russ*innen und Belarus*innen der Widerstand gegen ein grausames autoritäres Regime voller Gefahr für Leib und Leben ist. Zwangsrekrutierungen darf es nicht geben – nirgendwo. Aktuell bittet uns unsere belarussische Freundin Olga, die Initiative „Nein heißt Nein“ gegen die Entsendung belarussischer Soldaten durch das Regime von Lukaschenko in den Krieg gegen Ukraine an der Seite Russlands zu unterstützen. Sie berichtet, dass „belarussische Männer massenhaft zum Militärregistrierungs- und Einberufungsamt vorgeladen würden.“ In einer traditionell patriarchalen Kultur würde Desertion nicht positiv gesehen, das seien keine „echten Männer“. Dagegen müssen wir als Frauen halten: Es ist keine Schande, das Töten zu verweigern! Erste – fast erstaunliche – Erfolge der Kampagne: Nach ein paar Tagen meldeten sich bereits fast 1000 Männer, die den Krieg verweigern.

Die internationale Frauenliga hatte immer die (Rechte der) Menschen und ihren Schutz vor (militärischer und patriarchaler) Gewalt im Blick. Es gibt keine (einfache) Lösung, wenn der Krieg einmal da ist und Verhandlungen und Diplomatie im Vorfeld gescheitert sind. Eine Entscheidung muss dann jede mit ihrem Gewissen vereinbaren. Nie kann diese aber unter dem Druck einer Regierungsentscheidung für mehr Waffen und Militär gefällt werden. Im Gegenzug müssen unser kollektiver Aufschrei gegen den Kriegsverbrecher Putin und seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg noch lauter und unsere Stimmen für den aktiven Frieden mit allen Menschen unüberhörbar werden – auch und gerade für die Ohren der politischen Entscheider*innen.

Heidi Meinzolt, Woman's International League for Peace and Freedom (WILPF) – Infos siehe: <https://www.wilpf.org/> (hashtags #NoMeansNo, #NoWar, @StandUpWithUkraine)

+++ engagiert für den Frieden +++



+++ aktiv gegen krieg +++

Aktionen gegen den NATO Gipfel am 29. und 30. Juni in Madrid

Das internationale Netzwerk No to NATO gemeinsam mit lokalen, regionalen und nationalen Gruppen und Organisationen organisieren in Madrid für das Wochenende (24.-26.06.) einen Gegengipfel und eine große, bunte, internationale Demo gegen die NATO, das größte und mächtigste Militärbündnis aller Zeiten und einer der größten Umweltzerstörer. Bis zum Gipfel gibt es noch weitere Events, Aktionen und eine Demo zur Eröffnung.

Mehr Infos auf: www.no-to-nato.org · otannomadrid.org · peacesummitmadrid.org

+++ engagiert für den Frieden +++

Seit Oktober geplant: Der 100-Milliarden-Euro-Rüstungsfonds

Der neue Aufrüstungswahn der Bundesregierung

Zaklin Nastic

Noch am 26. Februar hätte es kaum jemand für möglich gehalten: In einer am Folgetag abgehaltenen Sondersitzung des Bundestags jubelten die Abgeordneten – mit Ausnahme der LINKEN – unter dem Eindruck des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine geradezu berauscht: Bundeskanzler Olaf Scholz hatte nicht nur erklärt, Deutschland werde ab sofort das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erfüllen. Er kündigte auch einen Sonderfonds von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr an. Unter normalen Bedingungen hätte eine Bekanntgabe solchen Inhalts möglicherweise zum Sturz der Regierung geführt. Aber Kanzler Scholz und seine Ministerinnen und Minister erklärten den 24. Februar, den Tag des russischen Einmarsches in der Ukraine, geschickt zur außen-, sicherheits- und rüstungspolitische „Zeitenwende“.

Die Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung gegenüber Menschen, die aus der Ukraine flüchteten, ist spontan entstanden und genauso richtig wie das Leisten humanitärer Hilfe in der Ukraine und in den angrenzenden Staaten. Was die Aufrüstungspläne angeht aber ist längst aufgedeckt worden, dass die Bundeswehr-Generalität genau solch eine Projektliste bereits im vergangenen Oktober vorgelegt hat. (siehe Kasten) Offensichtlich fehlte nur der Anlass, sie dem Bundestag und der Öffentlichkeit



verkünden zu können. Jetzt soll das Sondervermögen, das tatsächlich eine Sonderverschuldung darstellt, durch eine Ergänzung von Artikel 87a GG an der Schuldenbremse vorbei sogar Verfassungsrang erhalten.

Auf die rüstungspolitische „Zeitenwende“ vorbereitet wurde die deutsche Öffentlichkeit über Jahre hinweg: Seit der Münchner Sicherheitskonferenz von 2014 ist sie durch Politik und Medien einer

Dauerbeschallung mit dem Märchen von einer unterfinanzierten und daher nicht einsatztauglichen Bundeswehr ausgesetzt. Noch im selben Jahr wurde auf dem NATO-Gipfel in Wales festgeschrieben, dass jedes NATO-Mitglied bis 2024 zwei Prozent seines BIP in das Militär investieren muss. Es war in der großen Koalition vor allem die SPD, die sich einer Umsetzung verweigerte. „Wir haben in Deutschland andere Sorgen als sinnlose Aufrüstung“, so Partei-Vize Ralf Stegner noch 2019. Recht hatte er: Allein die europäischen NATO-Staaten sind Russland schon jetzt in der Anzahl der Waffensysteme und ihrer Soldaten drückend überlegen. Die Allianz insgesamt gibt bereits jetzt 18mal so viel (1200 Milliarden) für ihr Militär aus wie Russland (64 Milliarden). Mit der Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO würde Deutschland ALLEIN mehr Mittel in das Militär stecken als Russland.

Aber die jahrelange politisch-mediale Kampagne einer Bundeswehr, in der es sogar an Wintersocken fehle, plus der russische Angriff auf die Ukraine haben eine Atmosphäre geschaffen, in der es keinen spürbaren gesellschaftlichen Widerstand gegen die jetzt erfolgende massive Militarisierung Deutschlands gibt. Bei Umsetzung der Pläne steigt Deutschland, bislang auf Platz 7 im Ranking der weltweiten Militärausgaben, auf Platz 3 und belegt in Europa sogar Platz 1. Dass die Regierenden keine Anstrengungen unternehmen, ihre hegemonialen Ambitionen in und über Europa hinaus zu verschleiern, zeigt nicht zuletzt die Aussage des Grünen Wirtschaftsministers und Vizekanzlers Robert Habeck, der kürzlich bei seinem Antrittsbesuch in Washington die interessante Formulierung einer „dienenden Führungsrolle“ kreierte. Soll wohl

heißen, in Europa zu führen und den USA zu dienen – auch und vor allem durch gewachsene militärische Potenz und deren Anwendung. Dies ist eine hoch gefährliche Strategie.

Im Windschatten dieser Aufrüstungsorgie soll jetzt offenbar auch die bisher umstrittene Tornado-Nachfolge Deutschlands über einen Kauf des Kampfflugzeugs F-35 geregelt werden. Die Flugzeuge sollen

die gefährliche „Nukleare Teilhabe“ für Deutschland weiterführen. Dabei hat der russische Einmarsch in die Ukraine doch gerade noch einmal verdeutlicht, wie gefährlich die Stationierung von Nuklearwaffen in Deutschland ist, das durch diese zum Ziel eines potentiellen nuklearen Raketenschlags werden könnte. Übrigens: Beim F-35 Kampfflugzeug haben US-Qualitätsprüfer im letzten Jahr über 900 Mängel festgestellt – und das bei einem Flugzeug, das Atomwaffen transportieren soll! Außerdem wird es wohl doppelt so teuer werden wie ein Kauf der eigentlich vorgesehenen F-18-Kampfflugzeuge.

Hinzukommt: Bei der Verhandlung und der Umsetzung von Rüstungsgeschäften dominieren die Rüstungsunternehmen das Spiel. So werden bei nahezu allen größeren Rüstungsprojekten die Waffensysteme immer teurer im Vergleich zum ursprünglichen Vertragsvolumen. Die Entwicklung und Produktion dauert länger als vereinbart, Leistungsmerkmale werden nicht erfüllt. Grund ist die lasche Vertragspolitik der Bundesregierungen. Diese verschwendeten Steuergelder – und es geht hier um hunderte Milliarden Euro – gehören vielmehr in Soziales investiert. Statt „Frieren für die Freiheit“ brauchen wir ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit.

Zaklin Nastic ist Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE und menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion. Sie lebt in Hamburg.

+++ aktiv gegen krieg +++

Referendum in Dänemark zu EU-Militarisierung – Widerstand ist notwendig

Das NATO-Mitglied Dänemark beteiligt sich bislang nicht an der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Es nimmt weder an Militäraktionen teil, noch trägt es zu deren Finanzierung bei. Dieses war das Ergebnis einer Volksabstimmung 2015 und eine herbe Niederlage des EU-Establishments.

Durch den Ukraine-Krieg soll sich das ändern. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung, die rechte Opposition und Teile der Linken Opposition werben nun für ein Ja bei dem am 1. Juni stattfindendem Referendum zur „Abschaffung des Verteidigungsvorbehaltes“. Die Regierungschefin Mette Frederiksen sagte: „Wir wollen mit ganzem Herzen dabei sein, ohne Vorbehalte ganz und gar“. Das dänische Heer wurde bereits in Alarmbereitschaft versetzt und musste sich aus zivilen Aufgaben zurückziehen. Zudem entsendet Dänemark auf Bitten der NATO ein 800 Mann starkes Kampfataillon nach Lettland. Der Rüstungshaushalt wird auf 2 Prozent des BIP erhöht. Deutschland lässt grüßen.

Widerstand ist notwendig und möglich, das Ja ist mit derzeit laut Umfragen rund 44 Prozent längst nicht in trockenen Tüchern. Nach den letzten Umfragen sind noch 26 Prozent unentschieden. Diese gilt es zu überzeugen, sich den 29 Prozent anzuschließen, die aktuell für den Erhalt des Vorbehalts und für Abrüstung sind.

Nicht mehr Waffen und Soldaten führen zu Frieden und Sicherheit, diese erzeugen nur mehr Elend, Leid und Tod. Meine Sicherheit gilt nur, wenn auch die Sicherheitsinteressen meines Gegenübers respektiert werden. Statt Milliarden ins Militär zustecken, ist es sinnvoller, diese Gelder für Flüchtende und den Wiederaufbau zu verwenden – so die Argumente der Aufrüstungsgegner.

Unterstützen wir die dänischen Friedensfreund:innen bei ihrem Kampf für ein NEIN beim Referendum am 1. Juni 2022.

Kristine Karch, Internationales Netzwerk No to war – no to NATO, Kampagne Stopp Air Base Ramstein

+++ engagiert für den Frieden +++

Bereits im Oktober 2021 ...

100 Milliarden

Auszug aus der Rede von Gesine Löttsch, MdB DIE LINKE, in der Plenardebatte des Deutschen Bundestags vom 23. März 2022 „In der Sondersitzung am 27. Februar hat Olaf Scholz den Eindruck erweckt, 100 Milliarden Euro als „Sondervermögen Bundeswehr“ wären eine direkte Reaktion auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Das trifft aber nicht zu. Die Rüstungsprojekte standen schon vorher im Koalitionsvertrag oder sind bereits im Haushaltsausschuss von der damaligen Koalition, also mit der Union, gemeinsam beschlossen worden. [...] Olaf Scholz hat in seiner Amtszeit als Finanzminister für einen Aufwuchs bei der Bundeswehr gesorgt, und zwar von addiert 38,5 Milliarden Euro. [...] Allein in einer Sitzung des Haushaltsausschusses vor der Sommerpause wurden Waffenbeschaffungen für über 20 Milliarden Euro bewilligt. [...] In dieser Sitzung wurde auch FCAS als Nachfolger des Eurofighters beschlossen. Insgesamt soll dieses Luftkampfsystem 100 Milliarden Euro kosten. Das Sondervermögen wird also gar nicht ausreichen, um die ganze Wunschliste der Bundeswehr zu erfüllen.“

Die Waffen nieder!

Gegen Krieg und Aufrüstung – Nein zum 100 Milliarden-Rüstungspaket!



Appell

„Demokratie und Sozialstaat bewahren – keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“

Der nachfolgende Appell wurde am 22. März von Prominenten aus der Friedensbewegung und der demokratischen Öffentlichkeit entwickelt. Er fand bis zum Druck dieser Zeitung gegen den Krieg rund 50.000 Unterzeichnende. Bitte verbreiten und unterstützt den Appell – Website siehe unten.

Am 24. Februar überfiel Russland unter Präsident Wladimir Putin die Ukraine. Schon jetzt hat dieser Krieg Tausende Opfer gefordert und Hunderttausende die Heimat gekostet.

Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Putin trägt die volle Verantwortung für die Toten und die Menschen auf der Flucht. Putins Begründungen für den Krieg sind Lügen und Propaganda. Wir machen uns große Sorgen über die Zukunft von Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt. Diese Angst verbindet uns mit den Hunderttausenden Menschen, die nach Beginn des Krieges allein in Köln, Berlin, München, Frankfurt, Hamburg und Hunderten anderen Städten auf die Straße gingen und dort ihrer Empörung über Putins Krieg, ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, ihrer Angst vor einer weiteren Eskalation und ihrem Wunsch nach Frieden und Sicherheit Ausdruck verliehen. Mit ihnen gemeinsam haben wir gegen Putins Krieg und für Frieden demonstriert.

Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblocken ist sinnlos.

Diese Demonstrationen waren die größten Friedensdemonstrationen seit den Protesten gegen den Irakkrieg im Jahr 2003. Noch am selben Tag, an dem in Berlin die Menschen gegen den Krieg auf die Straße gingen, präsentierte die Bundesregierung mit Unterstützung der CDU/CSU ein Maßnahmenpaket, das die größte Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs vorsieht. Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer:innen in ihrem Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen. Schon jetzt übersteigen die »Verteidigungsausgaben« aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblocken ist sinnlos. Die NATO-Länder und auch Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange bevor es den Ukraine Konflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion. Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen. Eine solche Wende der deutschen Außenpolitik um 180 Grad, mit entsprechend dramatischen Folgen auch für die Innenpolitik – für den Sozialstaat, für Liberalität und Mitmenschlichkeit – ganz ohne breite gesellschaftliche Debatte, ohne parlamentarische, ja sogar ganz ohne innerparteiliche Debatte zu beschließen, wäre ein demokratiepolitischer Skandal.

Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Milliarden als Sondervermögen eingestellt werden, das der Bundeswehr über mehrere Jahre zur Verfügung stehen soll. Diese Summe entspricht den Ausgaben mehrerer Bundesministerien, darunter so wichtige Ressorts wie Gesundheit (16,03 Mrd.), Bildung und Forschung (19,36 Mrd.), Innen, Bau und Heimat (18,52 Mrd.), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12,16 Mrd.), Wirtschaft und Energie (9,81 Mrd.), Umwelt (2,7 Mrd.), Zusammenarbeit und Entwicklung (10,8 Mrd.) sowie Ernährung und Landwirtschaft (6,98 Mrd.). Zukünftig sollen dann dauerhaft 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben werden. Damit würden diese Ausgaben auf deutlich über 70 Milliarden Euro jährlich steigen. Gleichzeitig will die Bundesregierung an der »Schuldenbremse« festhalten, was langfristig die Frage unserer demokratischen Prioritäten aufwirft und die Gefahr massiver Kürzungen im sozialen, im kulturellen, im öffentlichen Bereich mit sich bringt. Diese politische Weichenstellung zusätzlich mit einer Grundgesetzverankerung auch für zukünftige Regierungen verpflichtend zu machen, lehnen wir im Namen der Demokratie ab. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes.

Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht und macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer.

Wir fordern statt Entscheidungen, die quasi über Nacht und im kleinsten Kreis getroffen werden, die breite demokratische Diskussion über ein umfassendes Sicherheitskonzept, das die Sicherheit vor militärischen Angriffen genauso einschließt wie pandemische und ökologische Aspekte und dem das Konzept der Einheit von Sicherheit und gemeinsamer Entwicklung zugrunde liegt.

Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit einer globalen Pandemie, die aufgezeigt hat, wie unsere Gesundheitssysteme auf Kante genäht sind, mit einer öffentlichen Infrastruktur, deren jahrzehntelange Vernachlässigung uns heute teuer zu stehen kommt, einer Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einer Klimakatastrophe, die genauso wenig vor Staatsgrenzen Halt macht und immense Investitionen in Zukunftstechnologien und soziale Abfederung erforderlich macht. Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht, macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der Zukunft nicht leisten.

Infos und Möglichkeit zum Unterzeichnen: <https://derappell.de/>

EU-Militarisierung und Krieg in der Ukraine

Özlem Demirel

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist zu verurteilen. Die russischen Truppen müssen unverzüglich an die eigenen Landesgrenzen zurück. Nichts rechtfertigt einen blutigen Angriffskrieg, dem viele unschuldige Menschen zum Opfer fallen. Krieg darf nie Mittel der Politik sein! Politische Lösungen hin zu einem nachhaltigen Frieden müssen gefunden werden und zwar am Verhandlungstisch und unter einem Waffenstillstand.

Unübersehbar wird das Leid der Ukrainer missbraucht, um gigantische Aufrüstungsprogramme auch in der EU durchzuzupacken. Angefangen von der sogenannten Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (engl. „PESCO“), dem

EU-Militärbündnis, hin zu diversen Budgets wie dem Europäischen Verteidigungsfond, der sogenannten Friedensfazilität, Military Mobility oder militärisch relevanten Weltraumprojekten wurden bereits vor Jahren all diese Schritte über den Rubikon beschlossen.

Dabei will die EU schon lange eine „schlagkräftige Militärunion“ werden, musste aber immer in langsamen Schritten voranschreiten, da die Bevölkerung in Europa aufgrund der Geschichte immer starke Vorbehalte gegen Aufrüstungs- und Militarisierungstendenzen hatte. Nun wird die Empörung über den russischen Angriffskrieg genutzt, um diese Vorbehalte endgültig wegzuwischen. Dabei geben die EU-Mitgliedstaaten bereits jetzt das Vierfache von Russland für Aufrüstung aus. Bei der Aufrüs-

tung mit Kriegsgerät der neuen Generation geht es auch nicht primär um das Sicherheitsinteresse der Völker in Europa, sondern um die Durchsetzungsfähigkeiten der eigenen Interessen. So nachzulesen in der „Globalstrategie“ (2016). Danach muss die EU in der Lage sein, wichtige Handelsrouten und Seewege im eigenen Interesse zu sichern – zur Not auch militärisch.

Mit dem im März beschlossenen „Strategischen Kompass“ wird das Projekt EU-Militärunion auf die nächste Stufe gehoben. Dabei ist klar, mit dieser Aufrüstung wird Krieg zur Normalität.

Özlem Demirel ist Mitglied des Europaparlaments und Mitglied in DIE LINKE

Wir lagen – heftig! – falsch

zeitung
gegen den Krieg

Nr. 50 Februar 2022

No war! Stoppt die Kriegstreiber!

Tobias Riegel
Ekkehard Lentz
Reymann/Gehrcke
Ann Wright
Interview mit Zaklin Na Kulow/Ruf

Warum Russland keinen Krieg will. Warum der Westen Kriegshetze betreibt. Warum die Friedensbewegung mobilisieren muss

Reiner Braun · Winfried Wolf

Für Merz, Scholz, Baerbock, Lindner, Macron, Johnson & Biden ist die Sache klar: Es gibt nur einen Aggressor. Das ist Putin. Er will die Invasion. Er ist unberechenbar. Er hat bereits einen geheimen Putschplan für Kiew.

All das ist Kriegspropaganda. Sie dient materiellen und politischen Zielen. Aber all das ist hochgefährlich. Es verblendet viele. Und kann in Krieg münden. Es sind fünf Gründe, die für unsere Überzeugung sprechen.

1. Es gibt kein einziges rationales Argument, warum Russland eine Invasion in der Ukraine planen könnte.

Die Nato ist Russland militärisch haushoch überlegen, bei den Rüstungsausgaben 15 zu 1. Eine russische Invasion in der Ukraine würde eine Besatzungsarmee von vielen Hunderttausend Soldaten erfordern. Bürgerkrieg wie in Afghanistan wäre die Folge. Die dann zu erwartenden Sanktionen würden die Wirtschaft

festzustellen ist gerechtfertigt, wenn der Westen im Allgemeinen und die Ukraine im Besonderen einer vergleichbar kritischen Bilanz unterzogen werden. (In: Nato, Mitgliedstaat)

5. Es geht um handfest und um Geopolitik

Wie in allen Kriegen spielen

Aufklärungsinstitution Memorial ist ein Beispiel.“ Unsere Fehleinschätzung hatte also kaum etwas mit der Bewertung der Regierung in Moskau zu tun. Wobei wir die zitierte Einschätzung nicht erst seit dem 27.2. vertraten. In dieser Logik des Eintretens für Demokratie und gegen Krieg ist unsere Verurteilung des Kriegs auch nicht halbgar, sondern glasklar. Dabei vergessen wir nie historische und politische Zusammenhänge.

3. Die Fehleinschätzung hängt wohl in erster Linie mit dem Verlauf der West-Ost-Konfrontation seit 1990/91 zusammen. In dieser Zeit wurde die Zahl der Nato-Mitgliedsländer von 16 auf 30 erhöht; der Westen führte Angriffskriege im Irak, in Afghanistan, in Jugoslawien/ Kosovo und in Libyen. Moskaus Politik war weitestgehend defensiv. Allerdings gab es in diesem Zeitraum bereits Aspekte einer russischen Politik, bei denen die militärische Logik im Zentrum standen – in Tschetschenien und in Syrien. Offensichtlich erlebten wir in der Politik der russischen Regierung – auch bei Putin selbst – seit 2002 einen Umschlag von Quantität in eine neue Qualität. Wobei wir die „Ansätze“ von verstärktem Militarismus und Chauvinismus in der Politik der Regierung Putin (einschließlich der verstärkten Repression im Inneren) deutlich unterschätzten. Was zur insgesamt falschen Beurteilung führte.

Wir hoffen, einiges mit dieser Ausgabe der *Zeitung gegen den Krieg* wettgemacht zu haben. Und betonen, dass wir bei aller Selbstkritik nicht ins Gegenteil verfallen: Wir engagieren uns gegen jede Art Militarismus und gegen jedes Denken in reiner Kriegslogik – in Ost, West, Nord und Süd; in Washington, Brüssel, Berlin, Moskau – und auch in Kiew.

Berlin und Potsdam, 2. April 2022
Reiner Braun / Winfried Wolf

Die Titelzeilen in der letzten ZgK-Ausgabe (Nr.50) lauteten: „No war! Stoppt die Kriegstreiber. Warum Russland keinen Krieg will. Warum der Westen Kriegshetze betreibt.“ Damit lagen wir falsch. Die Invasion russischer Truppen in die Ukraine begann rund zwei Wochen nach Erscheinen unserer Zeitung. Was wir erleben ist ein Angriffskrieg der russischen Führung unter Wladimir Putin. Völkerrechtswidrig. Mit nichts zu rechtfertigen. Wohl auch mit Kriegsverbrechen verbunden (Angriffe auf die Zivilbevölkerung).

Wie ist unser fataler Irrtum zu erklären?

1. Zunächst sei darauf hingewiesen: Es gab im demokratischen Spektrum, in der Friedensbewegung und auf der Seite der politischen Linken

niemanden, der einen solchen Angriffskrieg vorhergesagt hatte. Eine militärische Offensive, um das Gebiet der „Volksrepubliken“ auszuweiten – das schien denkbar. Aber eine flächendeckende Invasion – das galt in „unseren“ Kreisen als nicht vorstellbar. Ok, die US-Geheimdienste sagten eben dies voraus. Doch bislang galt derlei – siehe 2003 Irak-Krieg – als wenig vertrauenswürdig. Das ist keine Erklärung, aber ein Hinweis zur Einordnung des Irrtums.

2. In derselben letzten ZgK-Ausgabe steht auch auf Seite 1: „Russland ist ein autoritär regiertes Land, in dem Menschenrechte verletzt und oppositionelle – auch kritische, demokratische – Medien ausgegrenzt, ja verboten, werden. Die Schließung der verdienstvollen